

GLOBALIZE RESISTANCE

2001: A War Odyssey

Um die Lage der Welt nach dem 11. September und die Konsequenzen für die sozialen Bewegungen geht es in diesem Beitrag, der zeitgleich in der woxx und in der "Queesch" erscheint.

"Nach dem 11. September ist nichts mehr so wie es war."

Diese Aussage haben wir die letzten Monate immer wieder in den Medien, in den Debatten und Aussagen von Ministern und anderen Politikern gehört. Eine Floskel, die einem mal einfach so als "Tatsache" entgegengestellt wird. Grund genug für uns zu fragen, was hat sich denn wirklich geändert, wie genau sieht diese neue Zeit, die angebrochen sein soll, aus?

Doch fragen wir uns zuerst, welche Zeitspanne zu Ende geht. Die Zeitspanne von 1989 (Fall der Berliner Mauer) bis zum 11. September 2001 war, in der Hauptsache, gekennzeichnet durch eine Homogenisierung (Vereinheitlichung) der Welt. Ein Gesellschaftsmodell - der Kapitalismus - wurde in einer weltweiten ideologischen Offensive, nicht nur als Bestes, sondern ebenfalls als einzig real mögliches, präsentiert. Die Regulierungsapparate der Wirtschaft (Weltbank, IMF, WTO) wurden in dieser Zeit zu sehr einflussreichen, doch nicht demokratisch kontrollierbaren Apparaten ausgebaut (wer hatte z.B. vor Seattle überhaupt schon mal was von der WTO gehört?). Trotz alledem muss man die Zeitspanne zwischen 1989 und 2001 auch als eine Zelebration des Rechtsstaates, der bürgerlichen Demokratie ("alle vier Jahre ein Kreuzchen malen") sowie der Gleichheit vor dem Gesetz sehen. Diktaturen wie die in Südafrika und in Südamerika wurden durch, wenn auch schwache, Demokratien ersetzt.

Kriminalisierung sozialer Bewegungen

Doch gerade diese Freiheiten werden heute mehr oder weniger offen angegriffen, eingeschränkt, abgeschafft. Diese Entwicklung zeigt sich

wohl am krassesten in den USA. Es scheint, als ob die amerikanische Rechtsregierung gerade auf diesen Augenblick gewartet hätte um eine Politik durchzusetzen, die noch vor sieben Monaten politisch nicht durchsetzbar gewesen wäre. Nicht weniger als 1.200 Ausländer (meist Muslime) wurden in den USA festgenommen, noch heute sitzen mehr als 600 in Isolationshaft, ohne Beweise, ohne Recht auf Verteidigung durch Anwälte.

In Europa ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Das von der EU verabschiedete Anti-Terror-Gesetz setzt politische Bestrebungen, "visant à menacer et à porter gravement atteinte ou à détruire les structures politiques, économiques et sociales d'un pays", mit Terrorismus gleich. Jegliche Linkspartei, Gewerkschaftsorganisation, feministische, pazifistische und antinukleare Bewegung fällt in diese Kategorie. Jeglicher Versuch kritischer Auseinandersetzung, Sit-ins, unangemeldete Demos, Reclaim-the-Street-Aktionen oder andere Formen zivilen Ungehorsams, könnten theoretisch mit 2 bis 20 Jahren Gefängnis geahndet werden.

Natürlich wird diese Gesetzgebung heute noch nicht angewendet; sonst müsste wahrscheinlich auch "Jugend für Frieden a Gerechtheit" schon im Untergrund arbeiten. Dies heißt jedoch nicht, dass in Momenten politischer Auseinandersetzung mit Zuspitzung sozialer Konflikte (Streiks, Sit-ins) diese nicht benutzt werden könnte; eine etwaige rechtsextreme Regierung (siehe Italien, Österreich) könnte diese gebrauchsfertigen rechtlichen Repressionswerkzeuge ohne weiteres einsetzen

Islamischer Fundamentalismus

Unter den Kriegsgegnern gab es einige, die eine Niederlage der USA, ähnlich wie die der Sowjetunion in den 80ern, prohezeiten. So kam die plötzliche Niederlage des Talibanregimes für viele recht unerwartet. Doch diese war keine militärische. Die durch und durch korrupten Anführer der Talibanregimente wurden nicht mit Waffengewalt bezwungen, sondern mit saftigen Schmiergeldern zum Einlenken gebracht. Die alten afghanischen Talibankämpfer, Kriegsverbrecher und Mörder, haben sich heute fast alle wieder in ihren alten Heimatdörfern häuslich eingerichtet.

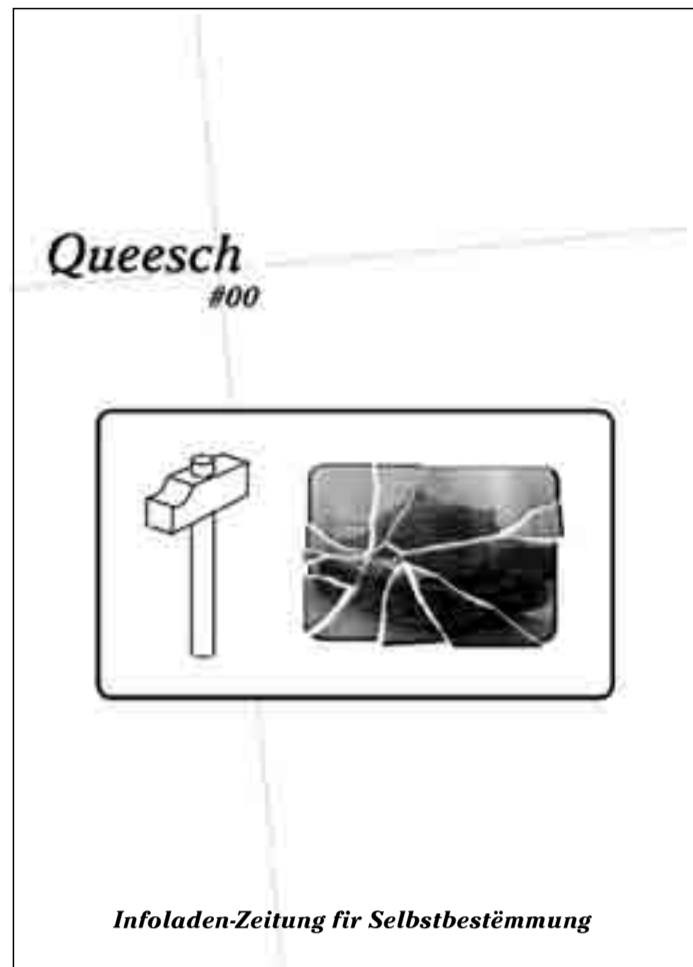
Doch das Phänomen des Islamismus, des fundamentalistischen Islam, bleibt. Auch nach dem 11. September hatte es nicht den Anschein, als ob die Politik auf diese Frage ehrlich nach Antworten suchen würde. Dabei ist Fundamentalismus für Millionen von Muslimen eine Art Schutzreaktion auf die Kolonialisierung ihrer Länder, ob durch Israel, BP oder Exxon.

Vielen dieser Menschen erscheint der islamische Fundamentalismus als einziges Mittel zur Wahrung ihrer kulturellen Identität und gegen die Ausbeutung der lokalen Ressourcen durch fremde Firmen. Das Tragische dabei ist, dass sie durch diese Einstellung gerade den Rattenfängern in die Arme laufen, denen wenig am Glück der Menschen liegt. Im Rahmen theokratischer (auf Religion aufbauender) Staaten verschaffen sich die lokalen Religionsführer Macht und Geld, die sie durch extreme Unterdrückung der Menschen (besonders der Frauen) abzusichern versuchen.

Dies zeigt eindeutig, dass die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Probleme fundamentalistische, nationalistische und faschistische Tendenzen auf den Plan rufen können (siehe Aufkommen des Faschismus im Deutschland der 30er Jahre), die wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen - indem wir für eine Globalisierung des Widerstandes eintreten und konkret nach Gesellschaftsalternativen außerhalb des Kapitalismus suchen.

Die EU zieht in den Krieg

Die Aussage, Krieg sei nichts weiter als "die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", scheint wieder für einen Großteil der Bevölkerung tragbar zu sein. Galt früher der Konsens, militärische Aktionen nur im Rahmen der Uno (die ebenfalls alles andere als ein Musterbeispiel an Demokratie und Gleichberechtigung ist) durchzuführen oder ihnen wenigstens diesen Anschein zu geben, so war der Afghanistankrieg eine Aktion der USA. Schon einige Tage nach den Anschlägen auf New York und Washington er-



klärten die USA einen Krieg gegen Unbekannt.

Da die EU aber spätestens seit der Schaffung der europäischen Eingreiftruppe ebenfalls Anspruch auf militärische Interventionen, auch ohne die USA, angekündigt hat, überschlug sie sich mit Floskeln von "uneingeschränkter Solidarität mit den USA", sah die gesamte westliche Zivilisation in Gefahr, kurz, wollte an der Seite der Vereinigten Staaten am Abenteuer Krieg teilnehmen. Nach der Einführung der Einheitswährung Euro, meldete die EU ebenfalls Anspruch auf eine tragende Rolle als weltweite militärische Supermacht an. Nicht zuletzt wegen der enormen Ölreserven in Afghanistan

und der geopolitisch wichtigen Lage, rücken heute europäische Panzer in Afghanistan ein. Die EU hat halt, als treibende Kraft der Globalisierung, auch spezifische Interessen, die sie versucht durchzusetzen - wenn's sein muss mit Waffengewalt. Diese bittere Erkenntnis des Afghanistankrieges muss sich auch in einer erweiterten Kritik an der Kriegspolitik widerspiegeln. Für die europäische pazifistische Bewegung bedeutet dies: verschärfte Kritik an der Kriegspolitik des eigenen Landes und eine (teilweise) Abkehr vom Mythos der "bösen" USA und der "guten" EU.

Bernard Thomas

Stimme und Schramme

(RK) - Der Escher Infoladen "Schréibs" dürfte woxx-LeserInnen ein Begriff sein. Vor allem auf der Citizen-Seite informierten wir über Veranstaltungen und ließen Personen aus dem Umfeld des Infoladens zu Wort kommen. Den Kern bildet eine Gruppe engagierter Jugendlicher, die nach "Alternativen" suchen, sowohl in ihrer eigenen Lebensweise als auch auf politischer Ebene.

Unter dem Namen "Queesch" lanciert der Infoladen demnächst eine eigene Zeitung. Hauptthemen der Null-Nummer sind: Frieden, soziale Bewegungen, Drogen sowie Klima und Verkehr. Bemerkenswert sind ein veganes Kochrezept und ein Aufruf zur Zwangsausweisung aller EscherInnen (-;-).

Woxx und "Queesch" verfolgen ähnliche Ziele, wenn auch mit anderen Mitteln. Deshalb ist es uns wichtig, dieses Projekt vorzustellen und Formen der Zusammenarbeit zu suchen. Nebenstehend veröffentlichen wir einen in der "Queesch" erscheinenden Artikel zum Thema Weltfrieden. Zusätzlich ist dieser woxx-Ausgabe ein Poster/Informationsblatt des Infoladens "Schréibs" beigelegt. Wir wünschen unseren jungen KollegInnen viel Erfolg!

Mehr über das Projekt: www.infoladen.lu



Für Abrüstung

Für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina

Krieg ist kein Mittel zur Konfliktlösung

Die Friddensinitiative ruft auf zu einer Demonstration

**am Samstag, den 30 März 2002, 15 Uhr
Place de la Constitution (Gëlle Fra)
in Luxemburg**